

Die AfD und Europa: Rechtsextreme möchten in das europäische Parlament, um die EU abzuschaffen

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist die größte extrem rechte Partei in Deutschland, in München verfügt sie über fünf Kreisverbände und einen Ortsverband. Seit 2014 ist die Partei im Europäischen Parlament vertreten und versucht, in der Wahl am 9. Juni 2024 die Anzahl ihrer aktuell neun Sitze weiter zu erhöhen.

Die Liste der AfD-Kandidat*innen ist dominiert von Personen, die für eine offenen extrem rechte Ausrichtung der Partei und eine Kooperation mit anderen einschlägigen Akteuren wie der Gruppe „Identitäre Bewegung“ stehen. Mit Petr Bystron (Platz 2) und Peter Ditges (Platz 27) sind zwei Münchner darunter. Bernhard Zimniok, der 2019 für den Kreisverband München West nach



Fest an der Seite einschlägiger Verbündeter: 2016 trat Europawahlkandidat Petr Bystron in Geretsried als Redner vor Anhänger*innen zahlreicher extrem rechter Gruppen auf. Am rechten Bildrand ist eine Fahne der „Identitären Bewegung“ zu sehen, die er als bayerischer AfD-Landesvorsitzender protegierte.



Petr Bystron tritt seit Beginn der Corona-Pandemie als parlamentarischer Vertreter der Pandemiegegner*innen-szene auf, hier ist er 2022 auf einer Parteikundgebung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen auf dem Königsplatz zu sehen.

Brüssel ging, wurde nicht wieder nominiert. Auch die bayerische Abgeordnete Sylvia Limmer (Bayreuth) wurde nicht erneut aufgestellt, ihr Kollege Markus Buchheit (Bayreuth) steht auf Platz 7 der AfD-Liste.

Petr Bystron steht für eine unverhohlenen extrem rechte Linie

Petr Bystron ist innerhalb der AfD München seit Jahren ein einflussreicher Akteur, zwischenzeitlich führte er sogar zwei Jahre als Vorsitzender den gesamten bayerischen Landesverband. 2017 musste er sich von dieser Position zurückziehen, unter anderem aufgrund innerparteilicher Kritik an einem Text Bystrons, in dem dieser sein Konzept einer „Schutzschild-Strategie“ vorstellte. Diese sieht vor, dass die AfD arbeitsteilig mit anderen extrem rechten Akteur*innen kooperiert und sich als Partei schützend vor Verbündete wie die „Identitäre Bewegung“ stellt, wenn die Behörden gegen sie vorgehen. 2017 war eine solche offen extrem rechte Strategie in der Partei noch umstritten, heute dominieren Akteure wie Petr Bystron die AfD und arbeiten nach der „Schutzschild-Strategie“. Er betreibt seit Jahren konsequent eine offene Kooperation mit extrem rechten Akteur*innen im In- und Ausland. 2018 besuchte er als

Bundestagsabgeordneter in Südafrika ein Schießtraining der rassistischen paramilitärischen Gruppe „Suidlanders“ und schmückt sich gerne mit seinen Kontakten zu rechten Aktivist*innen in den USA. In einem Gespräch mit dem extrem rechten „Deutschlandkurier“ erklärte Bystron im März 2024, Wahlen würden weltweit manipuliert, um zu verhindern, dass Populist*innen gewählt

Petr Bystron betreibt seit Jahren konsequent eine offene Kooperation mit extrem rechten Akteur*innen im In- und Ausland

werden, äußerte seinen Respekt für Donald Trump, dessen bekanntesten Slogan er für den Titel seines Buchs „Make Europe Great Again“ leicht abgewandelt übernahm, und lobte dessen Regierung. 2024 nahm er an einer Konferenz der extrem rechten ungarischen Partei „Unsere Heimat“ teil, die Gebietsansprüche gegenüber der Ukraine erhebt, falls diese den Krieg gegen Russland verliert. Bystron ist seit Beginn der Corona-Pandemie ein lautstarker Fürsprecher der Pandemiegegner*innenszene, trat auf deren Versammlungen auf, bot ihren Aktivist*innen eine Plattform in seinen Videos, trommelte mit ihr im Internet gegen „das System“ und verbreitet ihre Verschwörungserzählungen über die vermeintliche „Fake-Pandemie“.

Petr Bystron ist in der AfD für seine scharfen Angriffe auf politische Gegner*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen bekannt und beliebt. Besonders im Fokus stehen dabei Stellen, die sich gegen die extreme Rechte einsetzen, Seenotrettungsorganisationen und die Grünen. In seiner Bewerbungsrede als Europawahlkandidat kündigte er ein Vorgehen gegen Seenotretter*innen an, die er „Menschenschlepper“ nennt, und sagt, man solle die Seenotkapitänin Carola Rakete „in den Knast“ bringen.

Gerne stellt Bystron in Erzählungen auf den jüdischen Milliardär George Soros ab, der Ziel unzähliger antisemitischer Verschwörungserzählungen ist

2020 wettete Bystron gegen ein „Schattennetzwerk“, das er unter anderem in Form zivilgesellschaftlicher Gruppen wie „München ist bunt“ am Werk sieht und bezeichnete die SPD als „Krebsgeschwür der politischen Szene in Deutschland“. Sich selbst inszeniert Bystron in einer großen extrem rechten Verschwörungserzählung als Kämpfer gegen „Globalisten“, die angeblich Menschen „versklaven“ und „enteignen“. Gerne stellt Petr Bystron hierbei auf den jüdischen Milliardär George Soros ab, der Ziel unzähliger antisemitischer Verschwörungserzählungen ist. So schreibt der AfD-Abgeordnete 2021 über dessen Stiftung: „Das ist eine NGO, die knallhart die Interessen der Migranten vertritt. Nicht der



Petr Bystron (rechts) mit Akif Pirinçci am Eingang des Bürgersaals Fürstenried. Der AfD-Abgeordnete trat dort 2020 im Rahmen einer Veranstaltung des Kreisverbandes München Süd gemeinsam dem rassistischen Autor auf.

Deutschen!“ Im Mai 2023 empfiehlt Petr Bystron ein Buch aus dem einschlägigen Kopp-Verlag über Soros und schreibt: „Unglaublich, wie die Netzwerke des ach so lieben und selbstlosen Milliardärs George Soros verzweigt sind. Bin gespannt, wann das Buch zensiert wird und vom Markt verschwindet.“ In seinem eigenen Buch preist Bystron die Autoren Thilo Sarrazin und Samuel Huntington als „prophetisch“, da sie das vermeintliche Verhängnis einer globalisierten Welt mit Migration aufgezeigt hätten. Der AfD-Abgeordnete greift ihre Positionen dankend auf, denen zufolge Migration kulturelle Homogenität zerstört und gesellschaftliche Vielfalt fälschlicherweise gefeiert wird. In der Folge reiht Bystron bewundernde Portraits extrem rechter Politiker*innen wie Marine Le Pen, Viktor Orban, Hans-Christian Strache und Nigel Farage aneinander und beschimpft die EU als „auswucherndes, bürokratisches, imperiales Projekt – ein Superstaat, ein EU-Großreich“ und einen „riesigen Selbstbetrug“. Bystron weiter: „Wie in der DDR oder in China soll Brüssel den Anschein einer Demokratie wahren, ohne wirklich eine zu sein“.

Bystron hetzt gegen Muslim*innen und schürt Konflikte zwischen den Religionen, so sprach er etwa im Jahr 2020 von einer „Kriegserklärung gegen die

Bystron hetzt gegen Muslim*innen und schürt Konflikte zwischen den Religionen

Christenheit“ der türkischen Regierung angesichts der Umwidmung der Hagia Sophia in eine Moschee. Gerne rückt er Gegner*innen in die Nähe des Nationalsozialismus, etwa wenn er Proteste gegen rechts, die Infektionsschutzmaßnahmen oder die Black-Lives-Matter-Bewegung mit dem Dritten Reich gleichsetzt und so dessen Schrecken verharmlost.

Online nutzt der Abgeordnete seine erhebliche Reichweite, um Beiträge extrem rechter Seiten zu teilen. Er tritt auf diesen einschlägigen Plattformen wie dem extrem rechten Verschwörungsmagazin „Compact“ oder der österreichischen Seite „Info-Direkt“ selbst auf, wirbt in Sozialen Medien für Spenden für den rassistischen Autor Akif Pirinçci, zeigt sich offensiv als Unterstützer der radikalen Parteijugend „Junge Alternative“, verbreitet Beiträge des muslim*innenfeindlichen Aktivisten Michael Stürzenberger, solidarisiert sich mit der geflüchtetenfeindlichen Gruppe PEGIDA, der „Identitären Bewegung“ und ihrem Frontmann Martin Sellner und unterstützt seine Parteifreundin Birgit Malsack-Winkemann. Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete sitzt aufgrund ihrer Beteiligung an den Aktivitäten der Reichsbürger*innengruppe „Patriotische Union“ in Haft, die einen gewaltsamen Umsturz der Bundesrepublik geplant haben soll. Bei den Verdächtigen wurden hunderte Waffen, konkrete Pläne und Feindeslisten gefunden, Petr Bystron verharmlost die Aktivitäten dennoch als „Staatsstreich‘ mit 50 Rentnern“ und sieht eine „Inszenierung“ in dem Vorgehen gegen das umfangreiche Netzwerk. Dagmar S., eine spätere Mitarbeiterin Bystrons, bestellte sich eine Waffe bei einem rechten Waffenschmuggler und versteckte 2016 in ihrer Wohnung für die Gruppe eine Maschinenpistole.

Online nutzt der Abgeordnete seine erhebliche Reichweite, um Beiträge extrem rechter Seiten zu teilen. Er tritt auf diesen einschlägigen Plattformen wie dem extrem rechten Verschwörungsmagazin „Compact“ oder der österreichischen Seite „Info-Direkt“ selbst auf, wirbt in Sozialen Medien für Spenden für den rassistischen Autor Akif Pirinçci, zeigt sich offensiv als Unterstützer der radikalen Parteijugend „Junge Alternative“, verbreitet Beiträge des muslim*innenfeindlichen Aktivisten Michael Stürzenberger, solidarisiert sich mit der geflüchtetenfeindlichen Gruppe PEGIDA, der „Identitären Bewegung“ und ihrem Frontmann Martin Sellner und unterstützt seine Parteifreundin Birgit Malsack-Winkemann. Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete sitzt aufgrund ihrer Beteiligung an den Aktivitäten der Reichsbürger*innengruppe „Patriotische Union“ in Haft, die einen gewaltsamen Umsturz der Bundesrepublik geplant haben soll. Bei den Verdächtigen wurden hunderte Waffen, konkrete Pläne und Feindeslisten gefunden, Petr Bystron verharmlost die Aktivitäten dennoch als „Staatsstreich‘ mit 50 Rentnern“ und sieht eine „Inszenierung“ in dem Vorgehen gegen das umfangreiche Netzwerk. Dagmar S., eine spätere Mitarbeiterin Bystrons, bestellte sich eine Waffe bei einem rechten Waffenschmuggler und versteckte 2016 in ihrer Wohnung für die Gruppe eine Maschinenpistole.

Online nutzt der Abgeordnete seine erhebliche Reichweite, um Beiträge extrem rechter Seiten zu teilen

Christenheit“ der türkischen Regierung angesichts der Umwidmung der Hagia Sophia in eine Moschee. Gerne rückt er Gegner*innen in die Nähe des Nationalsozialismus, etwa wenn er Proteste gegen rechts, die Infektionsschutzmaßnahmen oder die Black-Lives-Matter-Bewegung mit dem Dritten Reich gleichsetzt und so dessen Schrecken verharmlost.

Online nutzt der Abgeordnete seine erhebliche Reichweite, um Beiträge extrem rechter Seiten zu teilen. Er tritt auf diesen einschlägigen Plattformen wie dem extrem rechten Verschwörungsmagazin „Compact“ oder der österreichischen Seite „Info-Direkt“ selbst auf, wirbt in Sozialen Medien für Spenden für den rassistischen Autor Akif Pirinçci, zeigt sich offensiv als Unterstützer der radikalen Parteijugend „Junge Alternative“, verbreitet Beiträge des muslim*innenfeindlichen Aktivisten Michael Stürzenberger, solidarisiert sich mit der geflüchtetenfeindlichen Gruppe PEGIDA, der „Identitären Bewegung“ und ihrem Frontmann Martin Sellner und unterstützt seine Parteifreundin Birgit Malsack-Winkemann. Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete sitzt aufgrund ihrer Beteiligung an den Aktivitäten der Reichsbürger*innengruppe „Patriotische Union“ in Haft, die einen gewaltsamen Umsturz der Bundesrepublik geplant haben soll. Bei den Verdächtigen wurden hunderte Waffen, konkrete Pläne und Feindeslisten gefunden, Petr Bystron verharmlost die Aktivitäten dennoch als „Staatsstreich‘ mit 50 Rentnern“ und sieht eine „Inszenierung“ in dem Vorgehen gegen das umfangreiche Netzwerk. Dagmar S., eine spätere Mitarbeiterin Bystrons, bestellte sich eine Waffe bei einem rechten Waffenschmuggler und versteckte 2016 in ihrer Wohnung für die Gruppe eine Maschinenpistole.

Peter Ditges – ein Arbeitsfunktionär im Hintergrund

Peter Ditges ist im AfD-Kreisverband München Süd aktiv. Der Rechtsanwalt ist bisher nur selten öffentlich in Erscheinung getreten, so etwa als ehrenamtlicher Richter der AfD am bayerischen Verfassungsgerichtshof. In seiner Vorstellungsrede auf einem Parteitag 2022 stellte sich Ditges als „römisch-katholisch“ vor und schloss mit „Gott schütze unser deutsches Vaterland“. Im April 2024 nahm Ditges in München am „Marsch fürs Leben“ teil, einem Aufzug radikaler meist christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner*in-



Peter Ditges (links, mit Sonnenbrille) auf einer AfD-Kundgebung in Pasing 2019.

nen. Darüber hinaus konzentriert sich Ditges vor allem auf die innerparteiliche Arbeit und treibt etwa als Richter in Parteischiedsgerichten die Aktivitäten der extrem rechten Partei voran. So war er Präsident des bayerischen AfD-Schiedsgerichtes und ist mittlerweile im Bundesschiedsgericht der Partei aktiv. In seiner Vorstellung als Kandidat für das Europaparlament betonte Ditges 2023: *„Wir sind uns alle einig, dass wir diese EU nicht wollen, sondern ein Europa der Vaterländer.“* Er habe in seiner Tätigkeit als Anwalt zu oft *„die Enteignungsstrategien, die von Brüssel aus über das deutsche Volk gestülpt wurden“* gesehen. Er wolle ein Deutschland in dem *„Fleiß wieder eine Tugend und der Deutsche wieder Herr über Deutschland ist. Ein Deutschland ohne kulturfremde Masseneinwanderung, ohne Zensur aus Brüssel und ohne wirtschaftsfeindliche Co2-Abgaben oder sonstigen Unfug.“* Ditges zitierte in seiner Rede den antidemokratischen Vordenker der extremen Rechten Oswald Spengler und wettete gegen *„Milliärdärsozialisten“*, sowie Regulationen. Nur mehr Innovation und Wettbewerb führten zu mehr Wohlstand. Peter Ditges betonte: *„Ich möchte antreten, um diese Farce in Brüssel zu beenden!“*



Im Mai 2020 nimmt Ditges (rechts) an einer Kundgebung gegen die Maßnahmen zum Schutz vor der sich ausbreitenden Corona-Pandemie auf dem Marienplatz teil. An seiner Seite ein Parteifreund und eine Aktivistin der Pandemieleugner*innenszene.

Die AfD geht nach Brüssel, um die EU aufzulösen

Die AfD steht der EU grundsätzlich ablehnend gegenüber. In ihren Augen ist die EU ein bürokratischer Moloch mit *„unerbittlichem Zentralismus“** den sie abschaffen möchte. Der Staatenverbund werde von bösen Kräften im Hintergrund *„schleichend“* zu einem *„EU-Zentralstaat“* ausgebaut, ihre Vertreter*innen sprechen von einer *„Autokratie in Brüssel“*. Die EU ist für die AfD *„undemokratisch“*, *„nicht reformierbar“* und eine *„Fehlkonstruktion“*. Für die Partei geht es nicht in erster Linie um individuelle Menschen mit universellen Menschenrechten. Die AfD denkt wie die historische extreme Rechte des 19. und 20. Jahrhunderts in völkischen Einheiten und klagt daher, dass die *„europäischen Völker“* die Integrationsschritte der EU nicht demokratisch legitimiert hätten und ihnen die *„Volkssouveränität“* genommen werde. Dass demokratisch gewählte Abgeordnete diese Entscheidungen getroffen haben, die ihr nicht passen, ignoriert sie absichtlich.

Die AfD geht in das Europaparlament, um die EU aufzulösen und zu ersetzen. Sie möchte außerdem aus dem Euro austreten und die europäische Ge-



Mit solchen Materialien geht die AfD im Jahr 2024 auf Stimmfang. Die Ablehnung von Geflüchteten und Migrant*innen auf der einen und Klimaschutzmaßnahmen auf der anderen Seite dominieren ihre Programmatik.

wird in der ganzen EU umverteilt und es wird versucht, die Deutschen – also sie alle – ärmer zu machen!“ erklärte etwa Peter Ditges 2023. Dass die deutsche Wirtschaft unter anderem durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt massiv profitiert, passt dabei nicht in die AfD-Darstellung.

Die AfD hat ein grundlegendes Problem mit allen Zusammenschlüssen, die für eine enge Kooperation zwischen Staaten sorgen und gemeinsame Entscheidungen und Projekte ermöglichen. Für die Partei sind sie eine Abwertung des Nationalstaates, der dadurch laut AfD seine „Souveränität“ verliere und schließlich mit einem „EU-Superstaat“ ersetzt werde. Wenn europäische Staaten zusammenarbeiten, dann geht das für die AfD höchstens in einem losen Bund ohne tiefere Kooperation, sie spricht vage von einem „Europa der Vaterländer“. (28) Eine tiefere europäische Kooperation lehnt die AfD strikt ab. Sie sieht sich in einem Abwehrkampf gegen die EU: Markus Buchheit erklärte in seiner Kandidatenrede 2023 etwa, dass die AfD-Vertreter*innen in Brüssel die „erste Verteidigungslinie“ gegen das „eurokratische System“ bildeten.

Die AfD möchte auch aus dem Euro austreten

meinschaftswährung mit gemeinsamer Finanzpolitik als „gescheitert“ beenden. Volkswirtschaftler*innen warnen vor den katastrophalen Folgen eines solchen Schritts für die deutsche Wirtschaft, die stark von der gemeinsamen Währung profitiert. Die AfD spricht nur beschönigend von möglichen „Umstellungsbelastungen“, die bei einem Euro-Austritt und der von ihr ersehnten Einführung einer „neuen Deutschen Mark“ entstehen würden. Die AfD behauptet, dass Deutschland die Umverteilung in der EU schade, weil es immer mehr erhalte. „Unser Wohlstand

Die EU ist der AfD ebenfalls ein Dorn im Auge, wenn sie mit ihren Richtlinien und Gesetzen, Umwelt- und Sozialstandards in den Mitgliedsländern stärkt. Das Lieferkettengesetz, welches Unternehmen verpflichtet, solche Standards in ihrer gesamten Wertschöpfung durchzusetzen, möchte sie abschaffen. Die Maßnahme für bessere Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeitnehmer*innen in prekären und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, etwa in kleinen Zulieferbetrieben europäischer Unternehmen, lehnt die AfD als Bürde für die Wirtschaft und „bürokratisches Hemmnis“ ab. Die wertvollen Ergebnisse und großen Chancen internationaler Kooperationen sowie gemeinsam abgestimmter Entscheidungen wie in der EU, den Vereinten Nationen oder der Weltgesundheitsorganisation blendet die AfD mit ihrer nationalistischen Brille aus. Genauso blendet sie die schrecklichen Folgen einer rein an nationalen Eigeninteressen ausgerichteten Politik aus, die in der Vergangenheit in Europa zu zwei schrecklichen Weltkriegen mit Millionen von Toten geführt hat.

Eine tiefere europäische Kooperation lehnt die AfD strikt ab

Ausgrenzung von Millionen: Die AfD gegen Muslim*innen

Die AfD macht schon seit Langem Stimmung gegen Muslime, so auch in diesem Europawahlkampf. Sie versucht, Menschen Angst zu machen vor muslimischen Migrant*innen und macht diese für angebliche „unlösbare(n) Integrationsprobleme(n) in Form von Ghettobildung und überbordender Kriminalität“ verantwortlich. Die AfD bezeichnet Muslim*innen vor allem als Gefahr: „islamistische Radikalisierungstendenzen“ seien „zu einem umfassenden Sicherheitsproblem“ geworden. Sie geht sogar so weit, zu behaupten, dass in einigen EU-Ländern die „einheimische Bevölkerung fast vollständig verdrängt“ wurde – ohne daran zu denken, dass Muslime Teil dieser Bevölkerung sind und es Migration schon so lange gibt wie die Menschheit. Muslimischen Frauen möchte die AfD verbieten, eine Vollverschleierung zu tragen und ihnen so vorschreiben, wie sie sich zu kleiden haben. In Bayern fordert die Partei ein Verbot von Minaretten sowie muslimischen Gebetsrufen und ihre Vertreter*innen wie Petr Bystron warnen vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ der deutschen Gesellschaft.

Die AfD versucht, Menschen Angst zu machen vor muslimischen Migrant*innen



Peter Ditges (Mitte, im gelben Hemd) beim „Marsch fürs Leben“ im April 2024 auf dem Königsplatz.

Mit Militär und Polizei gegen Migrant*innen – die AfD bekämpft sogar die Seenotrettung

In ihrem Europawahlprogramm macht die AfD den Leser*innen Angst vor Migrant*innen. Sie beklagt eine angebliche „ausufernde Einwanderung“ und einen „unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern“ nach Deutschland. In ihrem Schreckensszenario tritt sie selbst an, um die „irreguläre und illegale Masseneinwanderung aus kulturfremden Regionen“ und die „deutsche Willkommenskultur“ zu beenden. Menschen, die sie als „illegale Migranten“ sieht möchte die AfD wenn möglich an den EU-Außengrenzen oder den deutschen Grenzen abweisen. Die Abwehr von Migrant*innen ist für die AfD die „Schicksalsfrage“ der EU. Für die Abschottung nach außen möchte sie „feste Grenzanlagen“ und doppelte Grenztruppen, sowohl aus den Mitgliedsstaaten als auch von der EU. Sie plant sogar, das Militär einzusetzen und das Schengenabkommen umzuschreiben, welches die Grenzkontrollen für EU-Bürger*innen abgeschafft hat. Im bayerischen Landtag versuchen ihre Vertreter*innen, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen. Boote mit Geflüch-

teten an Bord, sollten in den Augen der AfD ausnahmslos in die Herkunftsländer zurückgewiesen werden – etwa in die Arme der für ihre Gewalttätigkeit berechtigten libyschen Küstenwache. Die AfD ruft wie die „Identitäre Bewegung“ nach einer „Festung Europa“, die Migrant*innen abschrecken und abwehren soll. Die Arbeit von Seenotrettungsorganisationen will die AfD nicht nur beenden sondern als „schwere Straftaten“ ahnden. Da sie die Organisationen als Teil böser linker Netzwerke sieht, nennt sie die humanitären Gruppen in ihrem Europawahlprogramm „sogenannte Nichtregierungsorganisationen“ und versucht, ihre Arbeit unmöglich zu machen, indem sie ihnen öffentliche Zuschüsse entzieht.

Für die Abschottung nach außen möchte die AfD „feste Grenzanlagen“ und doppelte Grenztruppen, sowohl aus den Mitgliedsstaaten als auch von der EU

Die AfD-Vertreter*innen stellen Migration immer wieder als Teil einer großen Verschwörung dar, in der böse Kräfte im Hintergrund angeblich einen „Großen Austausch“ der Bevölkerung vorantrieben. Dieser erfundenen Erzählung zufolge, ersetzen die „globalistischen“ Strippenzieher weiße Menschen in Europa gezielt mit nicht-weißen Menschen, um eine ethnisch gemischte und dadurch angeblich dümmere, kulturell entwurzelte und vermeintlich leichter zu kontrollierende Bevölkerung zu erzeugen. In ihrem Europaprogramm gibt die AfD vor, sich Sorgen um die Folgen der Herkunftsländer von Geflüchteten und Migrant*innen zu machen und dafür sorgen zu wollen, dass weniger „Leistungsträger“ abwandern. Angesichts der Hetze gegen diese Menschen, welche die Partei sonst verbreitet, wenn sie diese etwa als „Messermörder“, „Terroristen“ und „Invasoren“ beschimpft, ist die zynische Strategie dahinter gut erkennbar.

Falls es Schutzsuchende nach Deutschland schaffen, sollen sie der AfD zufolge in einen Drittstaat gebracht werden, der sie nach dem Asylverfahren aufnehmen soll. Deutschland soll sich an der Unterbringung von Asylbewerber*innen nur noch in Ausnahmefällen beteiligen – eine kleine Anzahl von Menschen könne man unter Umständen temporär unterbringen. De Facto würde sich die Bundesrepublik somit fast vollständig zurückziehen aus der Unterstützung für Menschen die weltweit vor Kriegen, Hunger und Klimawan-

Ginge es nach der AfD, würde sich die Bundesrepublik fast vollständig zurückziehen aus der Unterstützung von Menschen, die weltweit vor Kriegen, Hunger und Klimawandel fliehen.

Falls es Schutzsuchende nach Deutschland schaffen, sollen sie der AfD zufolge in einen Drittstaat gebracht werden, der sie nach dem Asylverfahren aufnehmen soll. Deutschland soll sich an der Unterbringung von Asylbewerber*innen nur noch in Ausnahmefällen beteiligen – eine kleine Anzahl von Menschen könne man unter Umständen temporär unterbringen. De Facto würde sich die Bundesrepublik somit fast vollständig zurückziehen aus der Unterstützung für Menschen die weltweit vor Kriegen, Hunger und Klimawan-

del fliehen. Abkommen, welche die Versorgung von Geflüchteten international regeln, lehnt die AfD ab. Nur „qualifizierte Zuwanderung“ von „Fachkräften“ nach einem „Punktesystem“ möchte sie zulassen, legale Migration „engmaschig beschränken“ und „steuern“.

Die AfD möchte Menschen in großer Zahl aus Deutschland vertreiben – dafür verwendet sie den Begriff „Remigration“, der aus extrem rechten Denkfabriken stammt. Er klingt weniger brutal als „Vertreibung“, meint aber das Gleiche. Im Januar 2024 wurden Treffen bekannt, auf denen der Aktivist der „Identitären Bewegung“, Martin Sellner, AfD-Vertreter*innen und -Mitarbeitenden seine Pläne für eine massenhafte Vertreibung von Menschen aus Deutschland vorstellte. Sellner versucht dieses Vorhaben zu verharmlosen, indem er von einer „Remigration“ von Menschen spricht, die im extrem rechten Weltbild nicht in Deutschland leben sollen. Münchner AfD-Vertreter*innen wie die Rene Dierkes, Benjamin Nolte und der Funktionär Jurij Kofner solidarisierten sich mit dem durch den Verfassungsschutz beobachteten Sellner, nachdem ein Einreiseverbot gegen ihn erlassen wurde. Die Partei griff seine Forderungen als logische Fortsetzung ihrer Migrationspolitik bereitwillig auf. Die bayerische Landtagsfraktion legte einen „Remigrationsplan“ vor und auch in ihrem Europawahlprogramm ruft die Partei im Chor mit ihren extrem rechten Gesinnungsgenoss*innen nach der Vertreibung von Menschen mit dem Wort „Remigration“: „Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.“

Die AfD möchte Menschen in großer Zahl aus Deutschland vertreiben

Die AfD möchte Menschen in großer Zahl aus Deutschland vertreiben – dafür verwendet sie den Begriff „Remigration“, der aus extrem rechten Denkfabriken stammt. Er klingt weniger brutal als „Vertreibung“, meint aber das Gleiche. Im Januar 2024 wurden Treffen bekannt, auf denen der Aktivist der „Identitären Bewegung“, Martin Sellner, AfD-Vertreter*innen und -Mitarbeitenden seine Pläne für eine massenhafte Vertreibung von Menschen aus Deutschland vorstellte. Sellner versucht dieses Vorhaben zu verharmlosen, indem er von einer „Remigration“ von Menschen spricht, die im extrem rechten Weltbild nicht in Deutschland leben sollen. Münchner AfD-Vertreter*innen wie die Rene Dierkes, Benjamin Nolte und der Funktionär Jurij Kofner solidarisierten sich mit dem durch den Verfassungsschutz beobachteten Sellner, nachdem ein Einreiseverbot gegen ihn erlassen wurde. Die Partei griff seine Forderungen als logische Fortsetzung ihrer Migrationspolitik bereitwillig auf. Die bayerische Landtagsfraktion legte einen „Remigrationsplan“ vor und auch in ihrem Europawahlprogramm ruft die Partei im Chor mit ihren extrem rechten Gesinnungsgenoss*innen nach der Vertreibung von Menschen mit dem Wort „Remigration“: „Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.“

Europäische Freiheiten einschränken, soziale Unterstützung einschränken

Wenn es nach der AfD ginge, würden EU-Bürger*innen an sozialer Absicherung und persönlicher Freiheit verlieren. Die AfD gibt vor, dass Deutschland die „Souveränität“ über seine Außengrenzen verloren habe. Sie möchte die EU-Binnengrenzen Deutschlands rechtlich in Außengrenzen verwandeln und die Bundespolizei als Grenzbehörde agieren lassen. Die Freizügigkeit, also die Fähigkeit aller EU-Bürger*innen, sich in den Mitgliedsstaaten zu bewegen und umzuziehen, möchte die AfD beschränken. Für die Einreise in die EU soll eine Visumpflicht eingeführt werden. Neu hinzugezogene EU-Bürger*innen

Die Freizügigkeit, also die Fähigkeit aller EU-Bürger*innen, sich in den Mitgliedsstaaten zu bewegen und umzuziehen, möchte die AfD beschränken

Wenn es nach der AfD ginge, würden EU-Bürger*innen an sozialer Absicherung und persönlicher Freiheit verlieren. Die AfD gibt vor, dass Deutschland die „Souveränität“ über seine Außengrenzen verloren habe. Sie möchte die EU-Binnengrenzen Deutschlands rechtlich in Außengrenzen verwandeln und die Bundespolizei als Grenzbehörde agieren lassen. Die Freizügigkeit, also die Fähigkeit aller EU-Bürger*innen, sich in den Mitgliedsstaaten zu bewegen und umzuziehen, möchte die AfD beschränken. Für die Einreise in die EU soll eine Visumpflicht eingeführt werden. Neu hinzugezogene EU-Bürger*innen

möchte die AfD in Deutschland künftig erstmal von Sozialleistungen ausschließen. Erst nach zehn Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis sollen sie Unterstützung erhalten dürfen. Mindeststandards für die Sozialsysteme in der EU und deren Vereinheitlichung lehnt die AfD strikt ab. Die EU-Sozialcharta, die EU-Bürger*innen wichtige Grundrechte wie das Recht auf Wohnung und das Recht auf soziale Sicherheit verbrieft, findet sie „überflüssig“.

Genau wie im Bund und den Ländern hat die AfD auf europäischer Ebene keine sozialpolitischen Vorschläge, die Sozialbenachteiligten helfen. Stattdessen

Genau wie im Bund und den Ländern hat die AfD auf europäischer Ebene keine sozialpolitischen Vorschläge, die Sozialbenachteiligten helfen

versucht sie auch dort, Menschen gegeneinander auszuspielen und behauptet, dass aufgrund von Migrant*innen „auch in Deutschland der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische verdrängt werden“. Der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, welche helfen könnte, die soziale Spaltung zu lindern, erteilt die AfD eine klare Absage: diese würde lediglich Anleger*innen belasten. Die Partei möchte außerdem in Deutschland die Wehrpflicht wieder einführen und die Militärausgaben erhöhen.

Genau wie im Bund und den Ländern hat die AfD auf europäischer Ebene keine sozialpolitischen Vorschläge, die Sozialbenachteiligten helfen. Stattdessen versucht sie auch dort, Menschen gegeneinander auszuspielen und behauptet, dass aufgrund von Migrant*innen „auch in Deutschland der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische verdrängt werden“. Der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, welche helfen könnte, die soziale Spaltung zu lindern, erteilt die AfD eine klare Absage: diese würde lediglich Anleger*innen belasten. Die Partei möchte außerdem in Deutschland die Wehrpflicht wieder einführen und die Militärausgaben erhöhen.

Die AfD an der Seite der Autokrat*innen in China und Russland

Die AfD wendet sich weiter gegen die Unterstützung für die von Russland überfallene Ukraine und klagt über die Sanktionspolitik der EU gegen den Aggressorstaat. Für sie sind die NATO und die USA schuld am Krieg in der Ukraine, nicht etwa die russische Regierung. Die Sanktionen gegen Russland möchte sie sofort beenden und die Beziehungen zur „Eurasischen Wirtschaftsunion“ intensivieren, einem von Russland dominierten Wirtschaftsbündnis. Die Gaslieferungen durch die Nord-Stream-Pipeline, mit denen Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine finanziert, möchte die AfD wieder aufnehmen.

Die Beziehungen zu China will die AfD im Rahmen einer Außenpolitik geleitet von „realpolitischen Interessen“ intensivieren. Das würde bedeuten, dass Deutschland die verheerende Menschenrechtssituation in der größten Autokratie der Welt nicht mehr zum Thema macht oder Dissident*innen unterstützt. Stattdessen solle Deutschland sich nach den Wünschen der AfD am zentralen Projekt der zweifelhaften chinesischen Wirtschaftsstrategie beteiligen, der „Neuen Seidenstraße“. Expert*innen kritisieren, dass das massive

Die AfD wendet sich weiter gegen die Unterstützung für die von Russland überfallene Ukraine

geostrategische Programm Länder in eine einseitige Abhängigkeit von China führt, dessen Regime in der Folge Druck auf deren Entscheidungen ausübe. Die AfD stört das nicht, sie fordert: „Die Seidenstraßen-Strategie von Ost nach West sollte Deutschland durch eine Initiative von West nach Ost ergänzen.“

Der AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krahn ist für seine Nähe zu China bekannt. Medienberichten zufolge ist er Vizevorsitzender der „EU-China Friendship Group“, beglückwünschte die chinesischen Machthaber zum siebzigjährigen Bestehen ihres Regimes und dem siebzigsten Jahrestag der Besetzung von Tibet. Ein Vertrauter und ein Mitarbeiter Krahns sollen im Verein „Neue Seidenstraße e.V.“ aktiv sein. Auch der Münchner AfD-Kandidat Petr Bystron wünscht sich bessere Beziehungen zu China, für deren Eintrübung er die angeblich „konfrontative Politik“ der USA verantwortlich macht. Antiamerikanismus geht in der AfD einher mit Sympathien für autoritäre Regime wie Russland, Syrien und China. Bystron tritt vehement für eine russlandfreundliche

Der AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krahn ist für seine Nähe zu China bekannt

Außenpolitik ein. Im April 2024 wurde bekannt, dass mehrere europäische Geheimdienste Informationen besitzen über Verbindungen Bystrons zu einem pro-russischen Netzwerk um einen Putin-Vertrauten und dessen Onlineplattform „Voice of Europe“. Krahn und Bystron ließen sich

von dem Portal interviewen, Bystron soll laut dem tschechischen Geheimdienst eine fünfstellige Eurosumme von einer Kontaktperson erhalten haben. Bystron bestreitet die Vorwürfe, Beobachter*innen sprechen von einem möglichen Fall „strategischer Korruption“. Für seine Partei war selbst dieser schwerwiegende Verdacht kein Grund, Bystron aus dem Wahlkampf zurückzuziehen. Er tritt weiterhin als Nummer zwei der Europalisten der Partei auf.

Mit voller Kraft Richtung Erderhitzung: Das Klimaschutzkonzept der AfD

Das Verständnis der AfD vom Klimawandel ist bestimmt von Verschwörungs-ideologien, nach denen es den menschengemachte Erderhitzung nicht gibt oder sie nicht so gefährlich ist, wie die überwältigende Mehrheit aller Forschenden seit Jahren warnt. Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel und meint, die massiven aktuellen Temperaturanstiege seien „völlig normal“. Damit steht sie in völligem Widerspruch zu Klimaforscher*innen, deren Ergebnisse seit Jahren in großer Übereinstimmung die Erderhitzung durch



Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel und will alle nationalen und europäischen Klimaschutzgesetze abschaffen.

wandel nur ein Vorwand ist, „um in alle Lebensbereiche reglementierend einzugreifen“. Klimamaßnahmen zerstören laut AfD die Wirtschaft – nicht etwa die Folgen der Erderhitzung wie Studie auf Studie zeigt.

Gefangen in ihrem Verschwörungsdenken hält die AfD Klimaschutzmaßnahmen für falsch und gefährlich. Sie erklärt: „Aufseiten Deutschlands bedürfen die klimatischen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit keinerlei spezieller Maßnahmen.“ Obwohl die Auswirkungen des Klimawandels in Europa schon heute verheerend sind, meint die AfD, dass Gegenmaßnahmen für „et-

Die AfD möchte alle nationalen und europäischen Klimaschutzgesetze abschaffen

waige zukünftige Veränderungen“ „unnötig, ökologisch und ökonomisch unverantwortlich“ seien. Für sie sind solche Maßnahmen Teil einer großen Verschwörung, welche sie die „Große Transformation“ nennt und für ein „ökosozialistisches Projekt“ zur Vernichtung von Wohlstand und totalitären Einschränkung von Freiheiten hält. Genau wie auf nationaler Ebene geht die AfD in der EU gegen alle Klimaschutzmaßnahmen vor. Die CO²-Bepreisung über Steuern oder den Zertifikatehandel will sie beenden, sie ist gegen Vorgaben für

den menschlichen CO₂-Ausstoß zweifelsfrei belegen. Ihnen spricht die Partei kurzerhand die Wissenschaftlichkeit ab und behauptet, ihre Warnungen vor der Bedrohung des Klimawandels beruhen nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie spricht von „unwissenschaftlicher Klima-Hysterie“, „Klimawahn“ und einem „bereits gescheiterten Energiewende-Experiment“. Die „angebliche(n) Klimakrise“ diene nur als „Deckmantel“ für „Lobbyinteressen“, die sich „gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik“ einsetzen. Die AfD sieht darin vielmehr ein „Dogma“ und vermutet eine böse Verschwörung dahinter, für die der Klima-

Gefangen in ihrem Verschwörungsdenken hält die AfD Klimaschutzmaßnahmen für falsch und gefährlich

55“ einstampfen sowie alle Subventionen für Wind- und Solarstromproduktion streichen. Eigene Vorschläge für Maßnahmen gegen die menschengemachte Erderhitzung hat sie nicht – weil sie entgegen allen Belegen denkt, dass es sie nicht gibt.

Auch beim Pflanzenschutz glaubt die AfD an eine Verschwörung mithilfe der Wissenschaft: „Wir sind uns bewusst, dass viele dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse durch eine grüne bauern- und technikefeindliche Stimmungsmache manipuliert sind.“

Eigene Vorschläge für Maßnahmen gegen die menschengemachte Erderhitzung hat die AfD nicht

Atomenergieproduktion ist teuer und umweltschädlich, die AfD behauptet jedoch, sie sei „preisgünstig und umweltfreundlich“. Auch die Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung gilt ihr dank Filtern als „sauber“. Wenn es nach der AfD geht, sollten sechs deutsche Atomkraftwerke wieder hochgefahren werden – ein Schritt den sogar die Betreiberunternehmen ablehnen.

Die verschwörungsideologische Weltsicht der AfD

Die AfD sieht in vielen Politikfeldern Verschwörer*innen am Werk, gegen die sie antritt. So raunt sie, dass von interessierten Kräften alle Krisen genutzt würden, um den großen EU-Superstaat (aus-)zubauen, die Migration ist für sie ein „Mittel der hybriden Kriegsführung“, das böse Verschwörer*innen einsetzen, um die Nationalstaaten anzugreifen. Ihre Kandidat*innen wie Petr Bystron verbreiten die Verschwörungserzählung eines geheimen Projekts („Great Reset“) böser globaler Strippenzieher*innen wie dem World Economic Forum, bei dem weltweit Gesellschaften nach deren „globalistischen“ Vorstellungen umgebaut würden. Ein „planwirtschaftlich agierender Überwachungsstaat“ rufe willkürlich Krisen aus (die es in ihren Augen eigentlich nicht gibt), um mit Notstandsgesetzen die Bürger*innen hilflos und abhängig zu machen und die Wirtschaft direkt zu kontrollieren. In ihrem Programm wendet sich die AfD gegen eine angeblich drohende Abschaffung des Bargeldes als Zahlungsmittel. Die Corona-Pandemie schreibt die AfD in ihrem Programm in Anführungszeichen. Für

klimaneutrales Bauen, eine Sanierungspflicht für „angeblich ineffiziente Gebäude“ und das Ausweisen von Flächen für den Bau von Windrädern und Solaranlagen. Sie möchte alle nationalen und europäischen Klimaschutzgesetze abschaffen, die EU-Programme „Green Deal“ und „Fit for

55“ einstampfen sowie alle Subventionen für Wind- und Solarstromproduktion streichen. Eigene Vorschläge für Maßnahmen gegen die menschengemachte Erderhitzung hat sie nicht – weil sie entgegen allen Belegen denkt, dass es sie nicht gibt.



Im Januar 2024 versucht die AfD in München vergebens, die Bauernproteste zu vereinnahmen. Auf ihrer Kundgebung auf dem Max-Joseph-Platz tummeln sich neben Funktionär*innen und Mitgliedern rechte Burschenschafter und Aktivist*innen der „Identitären Bewegung“.

sie war sie keine Pandemie, sondern eine Inszenierung finsterner Strippenzieher*innen – genau wie für die Pandemieleugner*innenszene, als deren parlamentarischer Arm sich die AfD betätigt und nach einer Abrechnung mit den Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen ruft. Sie fordert des Weiteren eine „Rehabilitierung“ von deren verschwörungsideologischen Aktivist*innen, die etwa aufgrund von Verstößen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen während der Pandemie

Die Corona-Pandemie war für die AfD eine Inszenierung finsterner Strippenzieher*innen

verurteilt wurden. Ebenfalls gegen die Positionen der Wissenschaft wendet sich die AfD in Puncto Impfungen und plädiert angesichts einer vermeintlichen Übersterblichkeit und einer „toxischen Spikewirkung“ für einen Stopp der Corona-Immunsierungen. Die Impfungen, die in der Pandemie weltweit Millionen Menschenleben gerettet haben, sind für die AfD „Corona-Injektionen“, vor denen sie nach Kräften Ängste schürt. AfD-Kandidat Bystron verbreitete 2023 etwa einen Text verschwörungsideologischer Akteur*innen, demzufolge 13 Millionen Menschen an der Corona-Impfung gestorben seien.



Der Landtagsabgeordnete Daniel Halemba (Würzburg) nahm ebenfalls an der AfD-Kundgebung im Januar in München teil. Nachdem Ermittlungen wegen Volksverhetzung und der Verdacht möglicher innerparteilicher Unregelmäßigkeiten bei Wahlgängen gegen den rechten Burschenschaftler bekannt wurden, forderte der AfD-Bundesvorstand den bayerischen Landesverband auf, ein Ausschlussverfahren gegen Halemba einzuleiten. Ein Landesparteitag beschloss, dass er sein Mandat niederlegen solle, was der Abgeordnete bis heute verweigert. Kein Grund für die AfD in München, ihn auf ihrer Kundgebung nicht freundlich zu begrüßen.

Die Impfungen, die in der Pandemie weltweit Millionen Menschenleben gerettet haben, sind für die AfD „Corona-Injektionen“, vor denen sie nach Kräften Ängste schürt

In Kita. Bildungseinrichtungen seien heute mitunter Orte der „politischen Indoktrination“, in denen Haltung statt Wissen vermittelt werde. Ebenso nicht im Einklang mit der Wissenschaft steht das Genderkonzept der AfD: Sie verbreitet fälschlicherweise, es gebe „genau zwei Geschlechter“, klagt über eine vermeintliche „Gender-Ideologie“, die ab der Kita Kinder in ihrer sexuellen Identität verunsichere und will geschlechtsanpassende Eingriffe bei Minderjährigen verbieten. Die Kulturpolitik der EU verfolgt laut AfD-Verschwörungserzählungen das bössartige Ziel, die „europäische Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen“.

Das Genderkonzept der AfD steht nicht mit der Wissenschaft im Einklang

In Kinderbetreuungseinrichtungen sieht die AfD die nächste Verschwörung: Dort würden Kinder angeblich „frühsexualisiert“ und Transsexualität gefördert. EU-Programme betrieben die „Ideologisierung“ der Jugend ab der

Dinge, die sie ablehnt nennt die AfD gerne „ideologisch“, sich selbst bezeichnet sie als Partei von Freiheit und Vernunft. So spricht die Partei von einer „ideologisch motivierte(n) Agenda, die Ziele wie Klimarettung, Euro-Rettung, Russland-Sanktionen“ umfasst. Sie möchte keine Klimaschutzmaßnahmen, keinen finanziellen Einsatz für die Stabilisierung des Euros und keine Sanktionen gegen Russland nach dessen Überfall auf die Ukraine. In ihrem verschwörungsideologischen Weltbild sind das keine realen Notwendigkeiten. Sie denkt, dass uns eine weltweite Verschwörung den menschengemachten Klimawandel nur vorspielt, dass die Euro nicht gerettet werden sollte und dass die EU sich den Aggressionen Russlands unterwerfen sollte.

Gesundheit, Bildung und Gesellschaft: Die AfD möchte mit Anlauf zurück in die Vergangenheit

Die AfD ist gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, Spitzenkandidat Krah bezeichnet sie in seinem Buch „Politik von rechts“ als Teil eines „vorzivilisatorischen Zustands“. Für sie sind nur Mann und Frau Teil des „klassischen Leitbilds der Familie“. Sie unterstützt „klassische Geschlechterrollen“ und wendet sich gegen das Recht von Frauen auf Schwangerschaftsabbrüche. Die Partei möchte Abtreibungen nur in „absoluten Ausnahmen“ etwa bei „kriminologischen und medizinischen Indikationen“ zulassen und das Abtreibungsverbot in Deutschland aufrechterhalten. Ihr Europawahlspitzenkandidat gibt in seinem Buch Einblicke in seine regressives „klassisches Geschlechterverständnis, das Gleichberechtigung gewährt, aber nicht Gleichheit erstrebt“. Er klagt über eine „unerotische Gesellschaft“ durch „unmännliche“ Männer und „unweibliche“ Frauen und schreibt an gegen „die

Die AfD ist gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, Spitzenkandidat Krah bezeichnet sie in seinem Buch „Politik von rechts“ als Teil eines „vorzivilisatorischen Zustands“

ganzen grässlichen, zumeist hässlichen und gewollt androgynen linken Feministinnen“. Der Feminismus werde laut Krah „von jenen Frauen getragen, die am Wettkampf um die sexuell attraktiven Männer nicht teilnehmen wollen (und sei es aus Einsicht in die eigene Chancenlosigkeit)“. Die AfD ist dagegen, dass trans*Personen der Zugang zu einer Geschlechtsangleichung erleichtert wird, sie möchte den Menschen dieses Recht nicht gewähren. Selbst vor dem Hintergrund des eklatanten Personalmangels im Gesundheitswesen, ist die Partei gegen die Beschäftigung von Personen aus dem Ausland in der Pflege – weil sie laut AfD „oftmals sprachliche Defizite aufweisen“.



Protest gegen extrem rechte Stimmungsmache: Demonstrant*innen stellen sich 2023 gegen eine AfD-Kundgebung auf dem Münchner Stachus.

Besonders die Klimaforschung, die Medizinforschung und die Migrationsforschung sieht die AfD als durch politische Akteur*innen „ideologisch“ beeinflusst an. Sie möchte in diese Wissenschaftsbereiche eingreifen, um diesen Einfluss zu vermindern. Hochschulen sollen Aufnahmeprüfungen durchführen können, Quoten für „angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen“ lehnt sie ab.

„Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik“ sind laut AfD ideologische Projekte der EU-Kommission

„Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik“ seien ideologische Projekte der EU-Kommission, Diversity- und Gender-Mainstreaming-Vorgaben dürfe es bei der EU-Förderung nicht geben. Sie will Magister- und Diplomstudiengänge wiedereinführen, die duale Ausbildung stärken und die Akademikerquote senken. Eine Inklusion in den Regelschulen möchte die AfD verhindern. Sie besteht darauf, Kinder mit Behinderungen nicht mit anderen gemeinsam in die Schule zu schicken. Das Förderdachprogramm „Horizon Europe“, mit dem die EU Forschung und Entwicklung zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit finanziert, ist laut AfD „ideologisch getrieben“, weil es die Förderung „unter den ‚Klimanachhaltigkeitsaspekt‘ stelle“.



Nationalismus statt Europa – der Europawahlkampf der AfD 2024

Die europäische Kolonialgeschichte müsse laut AfD „differenziert“ erzählt werden, koloniale Kulturgüter sollten nur in wenigen Ausnahmefällen zurückgegeben werden. Es gebe eine kritische „Schuld- und Schamkultur“. Eine ‚Entkolonialisierung‘ moderner Gesellschaften entspringe einem „antieuropäischen, oft auch ‚antiweißen‘ Affekt“. Die AfD wünscht sich dementsprechend ein „selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte – mit all ihrem Licht und Schatten“. Forderungen von Polen und Griechenland nach Entschädigungen wegen der umfassenden Zerstörungen der Länder durch das nationalsozialistische Deutschland lehnt die AfD ab.

Rassismus und Diskriminierung schreibt die AfD in ihrem Europawahlprogramm in Anführungszeichen

Ihre Vertreter*innen stellen immer wieder die Verantwortung Deutschlands an zwei Weltkriegen und dem Holocaust in Frage und sprechen gerne von einem „Schuld kult“, der hierzu von interessierten Kräften betrieben werde. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum unmenschlichen Kolonialsystem mit

„Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit“ erzeugen laut AfD nicht etwa Gleichstellung und Sichtbarkeit für Betroffene sondern einen „ideologischen Konformitätsdruck“. Rassismus und Diskriminierung schreibt die AfD in ihrem Europawahlprogramm in Anführungszeichen und zweifelt deren strukturelle Verwurzelung in den Mitgliedsstaaten an. Es gebe jedoch ein „repressives kulturelles Klima“ mit einer „immer regidieren ‚politischen Korrektheit“ und „Cancel Culture“. Die AfD stellt sich gern als Vorkämpferin gegen solche erfundenen repressiven Zustände in einer weltoffenen Gesellschaft dar – während sie selbst an der Seite von undemokratischen Regimen steht.

Sklaverei, Ausbeutung und Genozid sowie dem nationalsozialistischen Terror wischt die Partei also kurzerhand beiseite und fordert einen (auch) positiven und damit entlastenden Bezug auf die Vergangenheit.

Der EU- und Euro-Austritt, die Kapitulation vor der Erderhitzung und die Vertreibung von Menschen als Alternative für Europa?

Die AfD hat keine Vision für Europa und stellt in ihrem Wahlkampf 2024 vor allem nationale Forderungen mit Blick auf Deutschland auf. Dabei verstellen extrem rechtes Gedankengut und Verschwörungsdenken der Partei den Blick auf die Realität: Die Bundesrepublik profitiert als Exportnation massiv von der

Die AfD hat keine Vision für Europa und stellt in ihrem Wahlkampf 2024 vor allem nationale Forderungen mit Blick auf Deutschland auf

EU-Kooperation und dem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Ein Austritt Deutschlands hätte für die deutsche Wirtschaft gravierende Folgen, außenpolitisch und diplomatisch wäre sie ein großer Schritt rückwärts. Die AfD möchte keine stärkere Zusammenarbeit der Länder in der EU sondern nationale Entschei-

dungen. Dafür will sie sogar die EU auflösen und aus dem Euro austreten. Ihre Vertreter*innen streuen also vor allem Sand in das demokratische Getriebe des Europaparlaments – egal ob es sich um lautstarke extrem rechte Polterer wie Petr Bystron oder stille Netzwerker wie Peter Ditges handelt.

Für die AfD ist die Abschottung Europas nach außen die wichtigste Aufgabe der EU. Sie weiß genau, dass dabei noch mehr Menschen auf der Flucht vor Elend, Krieg und Verfolgung nach Europa sterben werden. Aus der Bundesrepublik möchte sie Menschen vertreiben, die in ihren Augen nicht nach Deutschland gehören. Angesichts der großen globalen Herausforderungen wie Kriegen, Energiekrise und Erderhitzung erscheint weniger Nationalismus und mehr internationale Kooperation ratsam. Die AfD hat keine Lösungen für die drängenden aktuellen Probleme und fordert stattdessen die EU-Auflösung, Ausgrenzung und ein Ende aller Klimaschutzmaßnahmen.

